

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

#### **zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU**

**zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1979**  
**hier: Einzelplan 12 – Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**  
**– Drucksache 8/2510 –**

### **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag sobald wie möglich die Ergebnisse des dem Bundesminister für Verkehr in der Kabinettsitzung am 14. Juni 1978 erteilten Auftrages zur Prüfung der Trennung von Fahrweg und Betrieb bei der Deutschen Bundesbahn vorzulegen.

Bonn, den 6. März 1979

### **Der Haushaltsausschuß**

**Windelen**  
Vorsitzender

**Müller (Nordenham)**  
Berichtersteller

### **Bericht des Abgeordneten Müller (Nordenham)**

Der Haushaltsausschuß hat über den Entschließungsantrag, der ihm vom Deutschen Bundestag in der Sitzung am 26. Januar 1979 federführend überwiesen worden war, in seiner Sitzung am 14. Februar 1979 beraten.

Ein zunächst von seiten der SPD gestellter Antrag, die Beratung über den Entschließungsantrag zu vertagen, bis der Haushaltsausschuß und der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen die für den 28. März 1979 vorgesehene Auswertung der von ihnen am 31. Mai 1978 veranstalteten Anhörung zur finanziellen Situation der Deutschen Bundesbahn vorgenommen haben, fand keine Mehrheit.

Der daraufhin ebenfalls von seiten der SPD gestellte Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag nicht – wie im Entschließungsantrag in der Drucksache 8/2510

formuliert – zusammen mit dem Haushaltsentwurf 1980, sondern sobald wie möglich die Ergebnisse des dem Bundesminister für Verkehr in der Kabinettsitzung am 14. Juni 1978 erteilten Auftrags zur Prüfung der Trennung von Fahrweg und Betrieb bei der Deutschen Bundesbahn vorzulegen, wurde mit Mehrheit angenommen. Zur Begründung für diesen Antrag wurde vorgebracht, man wolle die Neuorganisation der Deutschen Bundesbahn nicht durch das Setzen zu kurzer und daher unrealistischer Termine verhindern. Damit ist die Behandlung des Problemkreises Trennung von Fahrweg und Betrieb von der Einbringung des Bundeshaushalts 1980 abgekoppelt.

Ein von einem Mitglied der FDP gestellter und von Seiten der CDU/CSU befürworteter Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag die Ergebnisse des Prüfungsauftrags zu den Haushaltsberatungen 1980 vorzulegen, gelangte danach nicht mehr zur Abstimmung.

**Müller (Nordenham)**

Berichterstatte

Bonn, den 6. März 1979